



Bauabzugsteuer

Rede von Barbara Höll, 01. März 2007

Rede vom 01. März 2007

Bauabzugsteuer abschaffen - Drucksache 16/3055

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Einführung der Bauabzugsteuer vor fünf Jahren war die berechtigte Hoffnung auf eine massive Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe und damit auf eine Verhinderung von illegaler Beschäftigung verbunden. Die Initiative der FDP, jetzt nachzufragen, wie denn nun die Situation aussieht und ob das Gesetz wirksam war, ist, wie ich finde, berechtigt. Man sollte eigentlich bei allen Gesetzen überprüfen, ob die Ziele, die wir als Gesetzgeber angestrebt haben, erreicht wurden.

Auf Ihre Kleine Anfrage bekamen Sie von der Bundesregierung die Auskunft - der Bundesrechnungshof hat sich ja geäußert -, dass 99 Prozent der inländischen und 95 Prozent der ausländischen Antragsteller Freistellungsbescheinigungen erteilt wurden. Die Bundesregierung stellt fest, dass durch diese Maßnahme 331 Millionen Euro an Steuern und Sozialabgaben eingenommen wurden. Bezüglich

positiver Beschäftigungsquoten und der Vermeidung von Schwarzarbeit lagen der Bundesregierung jedoch keine Erkenntnisse vor. Herr Gutting brachte eben dafür die Interpretation, dass diejenigen Unternehmen, die nicht ordentlich arbeiteten, erst gar keinen Antrag stellen würden. Das werden wir sehen.

Klar ist, dass diese Maßnahme nicht so gegriffen hat, wie es der Gesetzgeber wollte. Durch das Abzugsverfahren konnten weder Kettenbetrugsmodelle in größerem Umfang aufgedeckt noch konnte die Besteuerung inländischer und ausländischer Werkvertragsunternehmer sichergestellt werden. Das massenhafte Ausstellen steuerlicher Unbedenklichkeitsbescheinigungen kann darüber hinaus von Unternehmen der Baubranche als eine Art Freibrief dafür betrachtet werden, nun legitimiert so weiterzumachen wie bisher. An illegaler Beschäftigung gerade ausländischer Beschäftigter verdienen Bauunternehmen Millionenbeträge. Verlierer sind die sozial und steuerrechtlich ungeschützt tätigen Arbeiter und die öffentliche Hand. Die mit der Bauabzugsteuer beabsichtigte Verlagerung der Besteuerung auf den Leistungsempfänger findet nicht statt. Die Empfehlungen des Bundesrechnungshofes sprechen von notwendigen flächendeckenden Baustellenkontrollen, um einen Gesetzesvollzug zu gewährleisten. Die Finanzämter sehen sich jedoch völlig zu Recht in vielerlei Hinsicht überfordert und teilweise am Rande ihrer Leidens- und Leistungsfähigkeit. Daraus kann man nun zwei Schlüsse ziehen: Man kann wie die FDP die Abschaffung der Bauabzugsteuer fordern. Man kann aber auch anders herangehen und überhaupt erst einmal fragen, warum das Gesetz nicht gegriffen hat und ob überhaupt die Voraussetzungen und Bedingungen für den Gesetzesvollzug gegeben sind. Letzteres ist meines Erachtens der Kern des

Problems. Dies kann man nachvollziehen, wenn man, wie ich es im vergangenen Jahr in Leipzig gemacht habe, dem Finanzamt oder dem Landesrechnungshof einen Besuch abstattet. Auch Herr Ondracek, der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, der am Sonnabend hier in Berlin auf der steuerpolitischen Konferenz der Linken sprach, berichtete von der Überlastung des Personals der Finanzbehörden und von krankmachenden Arbeitsbedingungen. Er erwähnte auch unsere Rolle dabei, nämlich dass steuerliche Verfügungen und permanente Veränderungen trotz Weiterbildungsangeboten dazu führen, dass die Mitarbeiter in den Finanzbehörden trotz hoher Motivation nicht so arbeiten können, wie sie es gerne wollen.

Damit sind wir wieder bei der Frage, ob tatsächlich die Bedingungen gegeben sind, um einen solchen Gesetzesvollzug zu gewährleisten, wie er notwendig ist. Wir sollten uns fragen - da schließe ich auch die FDP ein -, ob es denn richtig ist, erst Gesetze zur Erhebung von Steuern zu erlassen und sie dann abzuschaffen, weil sie nicht überprüft werden können. Das ist doch schizophren.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, tätig zu werden und die Bedingungen eines ordnungsgemäßen Steuervollzuges zu verbessern.
(Beifall bei der LINKEN)

Die Finanzämter müssen umfassend in die Lage versetzt werden, vor Ort mehr Kontrollen durchzuführen. Wir gehören als Linke nicht zu denen, die populistisch Steuervereinfachungen fordern, weil das gar nicht immer so geht, wie Sie sich das vielleicht vorstellen. Denn das moderne Erwerbs- und Geschäftsleben ist nun einmal kompliziert und braucht deshalb auch ein kompliziertes Regelungswerk. Aber wir brauchen Transparenz und die Verlässlichkeit steuerlicher Regelungen und Gesetze.

Deshalb werden wir der Abschaffung der

Bauabzugsteuer jetzt so nicht zustimmen. Wir sind für einen effektiven Gesetzesvollzug und schließen uns deshalb dem Gutachten des Bundesrechnungshofes an, in dem gefordert wird, dass Freistellungsaufträge vor Ort kontrolliert werden müssen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)